

# Wanderschuh in Größe 900

Blankenstein und Bad Lobenstein: Info-Tour des Ressorts Kommunales der Linksfraktion

Mit einer Informationstour in Blankenstein und Bad Lobenstein startete das Ressort Inneres und Kommunales der Landtagsfraktion DIE LINKE unter Leitung von MdL Frank Kuschel aus der parlamentarischen Sommerpause. Ziel war es, sich über aktuelle Probleme der Region zu informieren und Schlussfolgerungen für die parlamentarische Arbeit zu ziehen.

Start war am umfassend neu gestalteten Selbitzplatz direkt an der thüringisch-bayerischen Landesgrenze in Blankenstein (s.Foto). Ende Juni erfolgte die Eröffnung des frisch herausgeputzten Ortsmittelpunkts der 800-Einwohner-Gemeinde. Es ist nunmehr das Drehkreuz des Wanderns, wie Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Ralf Kalich (DIE LINKE) stolz berichtete.

Dort treffen vier sogenannte Premium-Wanderwege aufeinander. So beginnt beziehungsweise endet hier der traditionsreiche Rennsteig-Wanderweg. Hinzu kommen der Kammweg, der Frankenweg und der fränkische Gebirgsweg. Auf dem Selbitzplatz wurden insgesamt 70.000 Pflastersteine verbaut und 9.000 Pflanzen gesetzt. Den Mittelpunkt bildet ein überdimensionierter hölzerner Wanderschuh mit offizieller Schuhgröße 900. Im Zuge der Baumaßnahmen an der Landesstraße 1093 und der Bundesstraße B

90, welche die direkten Zubringer zur Autobahn 9 bilden, müsse nach dem Willen von Kalich nunmehr eine angemessene Ausschilderung der touristischen Attraktionen erfolgen. Eine Anfrage an die Landesregierung ist dazu seinerseits bereits eingereicht.

Der weitere Weg des Ressorts führte im Anschluss nach Bad Lobenstein. Hier standen Gespräche mit Bürger-



meister Thomas Weigelt (parteilos), der Wohnungsbaugesellschaft sowie in der Zweigstelle des Amtsgerichts Pöbneck an. Weigelt bat den kommunalpolitischen Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, und die Abgeordnete Diana Skibbe um Unterstützung bei anstehenden Maßnahmen der Gemeindegliederung. Geplant sei eine Fusion der Stadt Bad Lobenstein mit der Verwaltungsgemeinschaft Saale-Rennsteig. Als ein weiteres zentrales ungeklärtes Problem benannte er den mit Fördermitteln des Freistaates geplante

ten Abriss des mittlerweile völlig verfallenen Sanatoriums im Zentrum der Stadt. Die Frage des Sanierungsstaus stand beim Treffen von Heidrun Sedlacik, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, mit dem Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft, Stefan Horlbeck, im Mittelpunkt. Er konnte berichten, dass sich die schlechte finanzielle Lage der Stadt direkt auf die Gesellschaft auswirke. Zu hohe Verschuldung und eine geringe Eigenkapitaldecke führen zur Kreditwürdigkeit. Deshalb seien derzeit keine Investitionen zur Sanierung im derzeit noch aus 1100 Wohneinheiten bestehenden Bestand möglich. Sedlacik kündigte in diesem Zusammenhang eine Anfrage zur Fördermittelproblematik im innerstädtischen Bereich an.

Sabine Berninger, justizpolitische Sprecherin der Linksfraktion, informierte sich über die Arbeit einer Zweigstelle eines Amtsgerichts und diskutierte Fragen und Probleme bei der Schaffung der Einräumigkeit von Verwaltungsstrukturen. Die Abgeordneten nahmen nicht nur Fragen und Probleme mit, sondern übergaben Bad Lobensteins Bürgermeister noch einen Scheck der Alternative 54 in Höhe von 500 Euro für den KCL „Blau-Gold“ Lobenstein e.V. zur Unterstützung der Sanierung des Vereinshauses.

Matthias Gärtner

## Wohnungsgipfel

„Vor dem Gipfel stehen geblieben“, so kommentierte die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heidrun Sedlacik, den ersten Thüringer Wohnungsgipfel am 5. September in Erfurt. Minister Carus Ablehnung der vom Bundesgesetzgeber eingeräumten Möglichkeit zum Erlass einer Mietpreisbremse zeige, dass die Landesregierung offenbar nicht beabsichtige, dem Problem des fehlenden preiswerten Wohnraums in den Ballungszentren Jena, Weimar und Erfurt entgegen zu wirken.

Heidrun Sedlacik wies darauf hin, dass die Landesregierung im Parlament mehrfach aufgefordert wurde, zur Umsetzung der in § 558 Abs. 3 BGB eingeräumten Möglichkeit einer Begrenzung der Erhöhung der Bestandsmieten auf 15 Prozent statt 20 Prozent Stellung zu nehmen. „Der vom Minister geforderten Verpflichtung der Kommunen zur Schaffung von Wohnraum als Daseinsvorsorge widerspricht die von der Landesregierung praktizierte Politik, dass Kommunen zur Sicherung der kommunalen Finanzen alle Einnahmequellen ausnutzen sollen. Die Preise für Bauland oder die Grunderwerbssteuer sind einige der Faktoren, die später auf den Mietpreis durchschlagen und bei einem Verkauf an den Höchstbietenden nicht zu preiswertem Wohnungsbau führen.“

## 50 Gemeinden vor der Zwangsvollstreckung

„Wenn 50 Gemeinden des Freistaates Thüringen vor der Zwangsvollstreckung stehen, erscheinen die von Finanzminister Voß verkündeten Botschaften über die angeblich solide finanzielle Situation in Thüringen in einem ganz anderen Licht“, erklärte der Kommunalexperte der Fraktion DIE LINKE, Frank Kuschel, in einer Pressemitteilung am 7. September.

Er berief sich dabei auf Angaben des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen, wonach diese Zwangsvollstreckungen insbesondere deshalb anstehen, weil kleinere Gemeinden und Städte die im vergangenen Jahr angehobenen Kreisumlagen nicht mehr bezahlen können.

„Es handelt sich um einen Teufelskreis. Die Landkreise sind finanziell klamm und wollen sich von den ebenso klammen Gemeinden und Städten über die Kreisumlage das Geld in ihre leeren Kassen holen“, betonte Frank Kuschel. Dabei sei es besonders ärgerlich, dass angesichts des allgemeinen historischen Niedrigzinssatzes die Verzugszinsen bei Vollstreckung sechs Prozent betragen.

Der LINKE Landtagsabgeordnete kündigt an, dass in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 12. September die Linksfraktion die aktuelle finanzielle Lage der Thüringer Gemeinden und Städte auf die Tagesordnung setzen wird. Finanzmi-

nister Wolfgang Voß werde in diesem Zusammenhang Bericht zu erstatten haben.

Der Minister soll insbesondere darüber informieren, welche Gemeinden aus welchen Gründen vor einer möglichen Zwangsvollstreckung stehen und welche Maßnahmen die Landesregierung möglicherweise einleiten wird, um eine solche Zwangsvollstreckung zu verhindern. „Die Landesregierung darf nicht einfach tatenlos zusehen, wenn der Gerichtsvollzieher vor den Türen unserer Gemeinden steht, um einen Kuckuck zu kleben“, forderte Frank Kuschel.

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Grüne Konfusion

Kaum hatte die Linkspartei zehn konkrete Bedingungen für ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Bundestagswahl veröffentlicht – u.a. einen Mindestlohn von zehn Euro, die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro, die Abschaffung der Rente mit 67 sowie die Angleichung der Rentenwerte Ost und West – melden sich Gegner.

Doch der Tweet von Reinhard Bütikofer ist ein klassisches Eigentor: „Die sogenannten 10 konkreten Bedingungen der Linkspartei für ein Regierungsbündnis rot-rot-grün machen nur eines deutlich: das kommt nicht.“ Bütikofer, schon vorher unverdächtig, für ein solches Bündnis zu sein, sitzt für die Grünen im Europaparlament.

Wenn seine Sicht zutrifft, dann gibt es garantiert auch keine grüne Regierungsbeteiligung. Denn dass es für SPD und Grüne allein reicht, glaubt niemand. Bütikofer's Stellungnahme ist nicht nur Indiz für die Konfusion in dieser Partei, die sich in den letzten 15 Jahren von ziemlich allen Grundüberzeugungen getrennt hat.

Der Grünen-Funktionär steht auch persönlich dafür. Er startete seine politische Karriere als Student in einer „Kommunistischen Hochschulgruppe“ und in der maoistischen Splitterpartei „Kommunistischer Bund Westdeutschlands“. Auf der Homepage der Grünen klingt das heute so: „In Heidelberg begann auch das politische Engagement Reinhard's. Zunächst in der Studentenbewegung, dann als Studentenvertreter.“ Später gilt er als „pragmatisch“, unterstützt die deutsche Kriegsbeteiligung in Jugoslawien und in Afghanistan. Als SPD und Grüne die Hartz-Gesetze einführen, kommentiert er zynisch, die Grünen seien „das soziale und ökologische Gewissen der Nation“.

Kaum verwunderlich, dass Bütikofer betont, er habe sich „noch nie kategorisch gegen jede schwarz-grüne Option ausgesprochen“.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszusagen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.